

Der Kriegsverlauf

Die Bezeichnung „Erster Weltkrieg“ wurde erst nach 1945 üblich. Bis dahin hatte man in Deutschland stets vom Weltkrieg gesprochen. In England und Frankreich wird er heute noch oft „Großer Krieg“ genannt (*Great War* bzw. *Grande Guerre*).

Die Hauptkriegsgegner waren Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen Seite (→ **Mittelmächte**) und Frankreich, England und Russland auf der anderen Seite (**Entente**). Die deutsche Strategie für einen europäischen Krieg beruhte auf dem Schlieffen-Plan von 1905, der von einem Zweifrontenkrieg ausging. Starke deutsche Armeen sollten über Luxemburg und Belgien von Norden her nach Frankreich vorstoßen und das französische Heer auf die Grenzen in den Vogesen und zur Schweiz hin zurückwerfen und vernichten. „Scheinangriffe“ auf die stark ausgebauten Festungen von Verdun und von anderen Orten an der deutsch-französischen Grenze sollten die französischen Truppen dort binden. Nach dem schnellen Sieg über Frankreich – ähnlich wie 1870 – sollten die deutschen Truppen konzentriert gegen Russland vorgehen. Der Plan schlug fehl, da der deutsche Vormarsch vor Paris ins Stocken geriet und Russland mit unerwarteter Wucht in Ostpreußen einfiel. Die russischen Truppen wurden nach anfänglichen Erfolgen von den deutschen Armeen unter General von Hindenburg und dessen Stabschef, Erich Ludendorff, bei Tannenberg und den Masurischen Seen zurückgeschlagen.



Erster Weltkrieg 1914–1918: der Kriegsverlauf

BEISPIEL

1898 brachten die USA, als sie einen kubanischen Aufstand gegen das spanische Mutterland unterstützten, **Kuba** in ihren Einflussbereich, ferner Puerto Rico, Guam und die Philippinen, und schließlich wurden noch Hawaii und Teile Samoas annektiert.

Beim **Boxer-Aufstand** im Jahr 1900 verfolgten die US-Amerikaner ihre *Open Door Policy* („Politik der offenen Tür“), sie erzwangen sich also einen Zugang zu asiatischen Märkten, die ihnen bis dahin verschlossen gewesen waren. Dem diente auch der Bau des **Panamakanals** (fertiggestellt 1914). Um dieses Projekt zu realisieren, zettelten die USA einen Aufstand gegen Kolumbien an.

Anlass für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg im Jahr 1917 war der Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, eine Maßnahme, die sich auch gegen neutrale Staaten richtete, sowie die Bündnisverhandlungen der deutschen Reichsregierung mit Mexiko und Japan, die sich gegen die USA wandten. Mit ihrem Eingreifen wollten die USA sich zugleich einen Einfluss auf die Regelung der Nachkriegsordnung sichern.



Die zeitgenössische Karikatur zeigt Präsident Theodore Roosevelt beim Schwingen des „dicken Knüppels“; er trägt die Aufschrift „The New Diplomacy“ (die neue Diplomatie)

Besonders US-Präsident Theodore Roosevelt (1901–1909) galt als Befürworter einer aggressiven und expansiven US-Außenpolitik im lateinamerikanischen und karibischen Raum. Er selbst benutzte die Formulierung vom *Big Stick*, dem „großen Knüppel“ (gemeint waren damit politisch-militärische Machtmittel), mit dem man sich widerspenstige Nationen gefügig machen solle. Die Zeitgenossen sahen darin eine Erweiterung der Monroe-Doktrin zugunsten der USA. Der Begriff wurde zu einem beliebten Motiv von Karikaturen.

5.2 Gegenüberstellung der Nachkriegsverhältnisse in Deutschland 1918/1945

	ab 1918	ab 1945
Gemeinsamkeiten	➔ Waffenstillstand ➔ kriegsbedingte Inflation ➔ Währungsreform ➔ Elitenkontinuität ➔ Demokratisierung	➔ bedingungslose Kapitulation ➔ kriegsbedingte Inflation ➔ Währungsreform ➔ weitgehende Elitenkontinuität ➔ Demokratisierung
Unterschiede	➔ weitgehend intakte Industrieanlagen, kaum kriegsbedingte Zerstörungen ➔ Deutsches Reich bleibt bestehen; Deutschland bleibt Einheit. ➔ Besetzung begrenzter Regionen ➔ starke Reduzierung des Militärs ➔ harte Friedensbedingungen im Versailler Vertrag ➔ Hass auf Siegermächte in weiten Kreisen der Bevölkerung ➔ Revisionspolitik ➔ politische Isolierung Deutschlands ➔ antidemokratische und monarchische Traditionen weiter lebendig, teilweise Orientierung am Kaiserreich ➔ Deutschland wird sich selbst überlassen	➔ großflächige Zerstörungen von Städten und Industrieanlagen ➔ Teilung in Besatzungszonen ➔ Erlöschen der Staatlichkeit; vollständige Besetzung durch Alliierte, die die Regierungsgewalt übernehmen ➔ vollständige Entmilitarisierung ➔ Carepakete, Marshallplan etc. ➔ USA als „Befreier“ ➔ Westintegration der Westzonen ➔ völlige Delegitimierung des NS-Regimes ➔ Bestrafung der Hauptverantwortlichen, „Entnazifizierung“ ➔ keine Großmachtfantasien mehr ➔ fünf „D“ 1. Denazifizierung 2. Dezentralisierung 3. Demokratisierung 4. Demilitarisierung 5. Demontagen ➔ starke Kontrolle durch Alliierte ➔ große Flüchtlingsströme
neu gegründete Parteien	➔ April 1917: USPD ➔ 1918: DDP, DVP, DNVP, KPD, DDP ➔ 1920: NSDAP	➔ CDU ➔ FDP ➔ in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone): – SED (zwangsvereinigt aus SPD und KPD) – CDU, LDPD, NDPD, DBD („Blockparteien“, d. h. in Einheitslisten der „Nationalen Front“)

Nachkriegsverhältnisse in Deutschland 1918/1945

Nach 1945 gab es nach H.-U. Wehler einen vierfachen Mentalitätsbruch

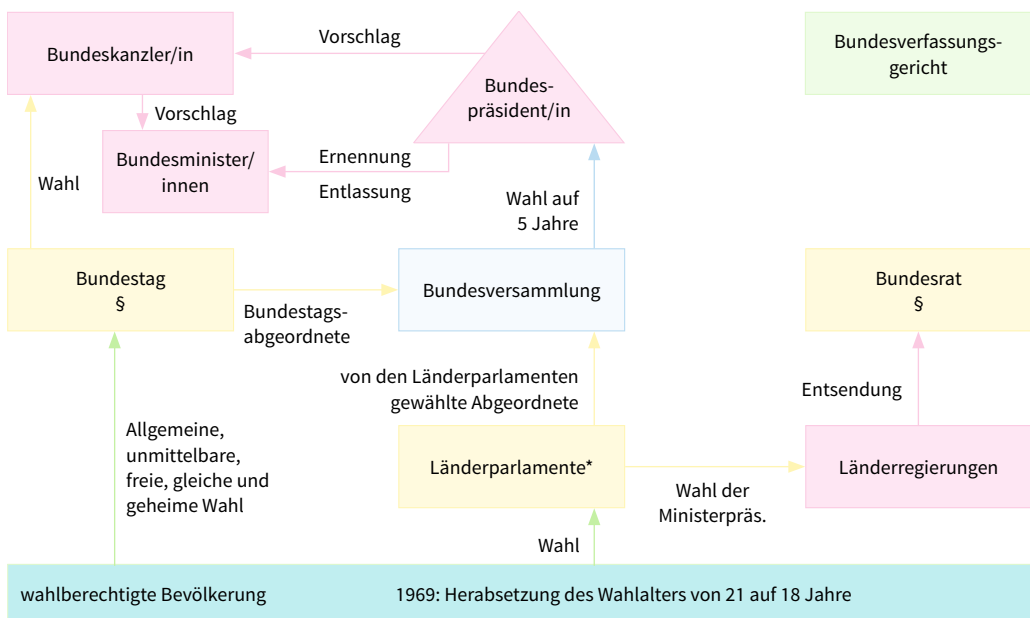
- ➔ In der Masse der Bevölkerung gab es kein Liebäugeln mehr mit einer Diktatur.
- ➔ Der „deutsche Sonderweg“ wurde aufgegeben, nun wurde auch in Westdeutschland der demokratische „westliche Weg“ in die Moderne gewählt.
- ➔ Der Nationalismus, insbesondere der rassistische Radikalnationalismus, war völlig diskreditiert.
- ➔ Mit dem Untergang des „Dritten Reichs“ und dem Suizid Hitlers war auch die zuvor weit verbreitete Sehnsucht nach einem charismatischen „Führer“ gebrochen.

5.7 BRD und DDR

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

1947 kam es zur Gründung der „Bizone“ als Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Besatzungszonen. Bereits ein Jahr später beschlossen die Westalliierten und die Beneluxländer die Bildung eines westdeutschen Teilstaates, worauf die Sowjetunion aus dem → **Alliierten Kontrollrat** austrat. 1948 wurde dann unter Einbeziehung der französischen Besatzungszone die Trizone gebildet und die Regierungschefs der westdeutschen Länder wurden beauftragt, die Gründung eines westdeutschen Teilstaats vorzubereiten („Frankfurter Dokumente“). Unter der Aufsicht der Westalliierten und mit entsprechenden Auflagen versehen, arbeiteten die Länderregierungen an einer vorläufigen Verfassung. Mit der Bezeichnung „**Grundgesetz**“ wollte man das Provisorische dieser Verfassung zum Ausdruck bringen. Da es nicht möglich war, eine gesamtdeutsche Versammlung einzuberufen, konnte auch keine Verfassung für ganz Deutschland ausgearbeitet werden. Daher wurde am 1. September 1948 ein „→ **Parlamentarischer Rat**“ gebildet, bestehend aus 65 Abgeordneten aus den westdeutschen Ländern und fünf Vertretern Westberlins.

Die Frankfurter Dokumente enthielten die westalliierten Arbeitsanweisungen für den Parlamentarischen Rat.



§ Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung

*1949: 12 (ohne Saarland, mit Württemberg, Württemberg-Hohenzollern und Baden)

1952: 10 (Württemberg, Württemberg-Hohenzollern und Baden vereint zu Baden-Württemberg)

1957: 11 (Saarland wird Land der Bundesrepublik Deutschland)

1990: 16 (Beitritt der 5 neuen Länder)

Verfassung der Bundesrepublik Deutschland

1949	Gründung der Bundesrepublik und der DDR, Westintegration der BRD und enge Bindungen der DDR an UdSSR
1952	Stalin-Note
1953	Volksaufstand in der DDR
1955	BRD tritt NATO bei, Gründung des Warschauer Pakts; Hallstein-Doktrin
1961	Bau der Berliner Mauer
seit 1966	vorsichtige Distanzierung von bisheriger Abgrenzungspolitik, erste Ansätze zur Entwicklung einer neuen Ostpolitik
1972	Grundlagenvertrag
1975	KSZE: Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte, u. a. durch die Bundesrepublik und die DDR, Ausbau der vertraglichen Beziehungen und Kontakte, Politik der gegenseitigen Achtung
1981	Besuch der DDR durch Bundeskanzler Schmidt
1983	Milliarden-Kredit für die DDR (vermittelt durch den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß)
1987	Besuch Erich Honeckers in der BRD
1989	Massenflucht aus DDR, Wende, Öffnung der Mauer
1990	Währungsunion und Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik, Ende der DDR

Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR

TIPP

Eine mögliche Aufgabe lautet, man möge erörtern bzw. überprüfen, ob die Friedliche Revolution und/oder die deutsche Einheit eher auf nationale oder eher auf internationale Faktoren zurückzuführen sei(en). Eine gründliche Bearbeitung im Abitur wird mehrere Seiten umfassen, sie kann hier deshalb nur angedeutet werden. Die Gewichtung musst du selbst vornehmen und deutlich machen.

internationale Faktoren/ weltpolitischer Rahmen	Die Mitte der 1980er-Jahre einsetzende Deeskalation des Ost-West-Konflikts, die sich in mehrere Faktoren bzw. Phasen aufgliedern lässt: ➔ (zunächst konfliktverschärfende) Rüstungspolitik der US-Regierung unter Präsident Reagan ➔ die Reformpolitik Gorbatschows, auch aus der Einsicht einer militärischen und wirtschaftlichen Überforderung ➔ die Abschwächung alter Feindbilder mit ersten echten Abrüstungsmaßnahmen/Krisen- und Auflösungserscheinungen in anderen Ostblockstaaten ➔ die Verhandlungsbereitschaft der USA und der UdSSR bezüglich der deutschen Einheit, nach einigem Zögern auch bei Frankreich und Großbritannien.
nationale Faktoren	➔ die vielfältigen Krisenerscheinungen in der DDR, mit der Folge eines Anwachsens der Oppositionsbewegung ➔ Massenausreisen nach Westen, erhöhter Handlungsdruck auf die Regierung in Bonn ➔ der massenhafte Protest („Montagsdemonstrationen“) unter weitgehendem Gewaltverzicht der DDR-Staatsführung (anders als 1953) ➔ die Öffnung der Mauer und das Ergebnis der Volkskammerwahlen als klares Votum für die Einheit ➔ die wachsende Einsicht, dass eine auf demokratischer Basis erneuerte DDR nicht lebensfähig wäre ➔ die Entscheidung der Bundesregierung (getragen von weiten Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft), die absehbar erheblichen Kosten der Einheit auf sich zu nehmen ➔ die allseitige Bereitschaft, national und international, diese Frage auf dem Verhandlungsweg zu lösen.